

Refugees welcome:

## Bleibe- & Lebensperspektiven statt Behördenschikanen

Der Anteil von Menschen mit ausländischem Pass an der Gesamtbevölkerung liegt in Potsdam mit 8,3 Prozent noch immer weit unter dem Anteil in vielen anderen deutschen Großstädten. Dennoch machen sich insbesondere die Flucht aus dem Kriegsgebiet in Syrien und die weitere Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes auch in der Potsdamer Bevölkerungsstruktur bemerkbar. Inzwischen kommen die meisten hier lebenden Migrant\*innen aus Syrien. Auf der Rangliste der Herkunftsländer folgen Russland, Polen, Ukraine, Rumänien, Afghanistan, Italien, China, Vietnam und die Türkei. (Statistischer Jahresbericht 2017)

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt eindeutig in der Unterstützung von Menschen, die aus ihren Herkunftsländern geflohen sind und denen neben Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung auch ein selbstbestimmtes Leben in Potsdam möglich sein soll. Wir lehnen die Abschiebung von Schutzsuchenden generell ab und setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um für geflüchtete Menschen dauerhafte Bleibe- und Teilhabeperspektiven zu schaffen. Die Stadt Potsdam muss ihre eigenen Beschlüsse zur kommunalen Aufnahme von Geflüchteten einhalten und die Konzepte zur Integration umsetzen.

DIE aNDERE engagiert sich seit vielen Jahren in der Flüchtlingshilfe. Wir unterstützen selbst Migrant\*innen, die Probleme mit der Ausländerbehörde haben. Unsere Stadtfraktion arbeitet mit Hilfsorganisationen, Beratungsstellen und ehrenamtlich Engagierten zusammen.

Bislang pflegt die Potsdamer *Ausländerbehörde* (ABH) eine destruktive Verweigerungshaltung und versucht, die deutschen Außengrenzen gegen Zuwanderung und Geflüchtete quasi am *Front Office* in der Helene-Lange-Straße zu verteidigen. Für praktisch jedes Anliegen werden Ablehnungsgründe gesammelt und wo dennoch ein Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis oder Familienzusammenführung besteht, wird die Umsetzung oft monatelang verzögert und verschoben.

DIE aNDERE fordert einen Kulturwandel in der ABH ein. Statt auf Abwehr und Verweigerung zu setzen, müssen künftig in der Behörde alle möglichen Spielräume genutzt werden, um gemeinsam mit den hier lebenden geflüchteten Menschen

unabhängig vom Herkunftsland Bleibe- und Lebensperspektiven zu entwickeln. Aus unseren Erfahrungen sind dazu vor allem die folgenden Punkte wichtig:

### Familienzusammenführung

Für Geflüchtete ist es von großer Bedeutung, eine dauerhafte gemeinsame Lebensperspektive mit ihren Angehörigen zu schaffen. Wir fordern von der Ausländerbehörde, bestehende rechtliche Spielräume zu nutzen, um die Familienzusammenführung zu erleichtern. Dazu gehört die unbürokratische Zustimmung zum Zuzug Familienangehöriger nach Potsdam.

Bis heute verweigert die ABH schwangeren Frauen, die in Potsdam leben, und den Vätern ihrer Kinder auch bei Vorliegen der Vaterschaftsanerkennung vor der Geburt ein gemeinsames Leben in Potsdam. Der Zuzug der Väter wird erst nach der Geburt gestattet. Die Frauen sind in einer oft schwierigen Lebensphase auf sich allein gestellt.

Häufig wird von ausländischen Ehepartner\*innen ohne gültiges Visum noch nach der Eheschließung verlangt, dass sie Deutschland verlassen und in ihrem Herkunftsland ein neues Visum beantragen. Das bedeutet oft hohe Zusatzkosten und monatelange Trennung junger Familien.

**Derartige Schikanen müssen endlich beendet werden!**

### Wohnen und Unterbringung

Die Stadt Potsdam hat sich das Ziel gesetzt, die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften möglichst kurz zu halten. Dabei orientierte sich die Stadt an einer Empfehlung aus dem Land, die vorsah, die Aufenthaltsdauer auf ein Jahr und bei besonders Schutzbedürftigen auf sechs Monate zu beschränken und danach eine Unterbringung in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen. Außerdem soll auch in den Gemeinschaftsunterkünften bereits eine wohnungsähnliche Unterbringung gesichert werden.

Von diesen Zielen ist die Stadt weit entfernt. Viele Geflüchtete leben jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften. In diesen Heimen kann häufig von wohnungsähnlicher Unterbringung keine Rede sein. Dort ist kaum eine Privatsphäre garantiert. Dennoch bezahlen dort Flüchtlinge mit eigenem Einkommen eine monatliche Gebühr von knapp 400 Euro für einen Platzanspruch von 6–8 qm, die oft nicht einmal ein eigenes Zimmer bedeuten.

Seit Jahren fordert DIE aNDERE, die kostspielige Unterbringung in Heimen (und zeitweise sogar in Blechhallen!) zu unterlassen und stattdessen eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten voranzutreiben und preiswerte Wohnungen für alle zu bauen.

In den Gemeinschaftsunterkünften engagieren wir uns gegen rassistische Schikanen und Kontrollen von Wachschutzunternehmen. Wir haben dafür gesorgt, dass Flüchtlinge weiterhin selbst entscheiden können, ob sie Besuch empfangen wollen. Auf unsere Initiative erhielten die Bewohner\*innen in Gemeinschaftsunterkünften eigene Briefkästen. Außerdem wurde auf Antrag unserer Fraktion ein Kinder- und Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte erarbeitet, das nunmehr umgesetzt werden muss.

### Arbeit und Ausbildung

Die Ausländerbehörde behindert immer wieder die Erteilung von Arbeitserlaubnissen und Ausbildungsduldungen. Auch Selbstständige, Betriebe und Forschungseinrichtungen beklagen immer wieder, dass die ABH die Beschäftigung von Nicht-Deutschen durch lange Wartezeiten, Untätigkeit und bürokratische Schikanen erschwert.

Wir erwarten, dass sich die ABH endlich an rechtliche Bearbeitungsfristen hält. Auch für Menschen mit einer Duldung soll es weiterhin möglich sein, einer Arbeit nachzugehen. Sie dürfen nicht durch Behördenwillkür ihre Arbeitserlaubnis verlieren.

### Spracherwerb

Bislang bietet die Stadt Potsdam für alle geflüchteten Menschen im Asylverfahren leider nur 200 Stunden Grund-Deutschkurs an. Darüber hinaus gibt es nur für diejenigen Geflüchteten aus derzeit vier Herkunftsländern (Syrien, Eritrea, Somalia, Irak) mit einer sogenannten „Bleibeperspektive“ Zugang zu Integrationskursen. Diese Unterscheidung von Geflüchteten lehnen wir ab, da sie eine Teilnahme an weiterführenden Sprachkursen für Menschen aus vielen Ländern ausschließt. Es muss selbstverständlich sein, dass unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus alle Geflüchteten die Möglichkeit erhalten, die deutsche Sprache zu erlernen und sich beruflich zu qualifizieren und weiterzubilden, wenn sie dies möchten.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch, dass Sprachkurse begleitende Kinderbetreuung lediglich vereinzelt durch das ehrenamtliche Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen angeboten werden. Reguläre Kinderbetreuungsplätze sind oft erst nach langer Wartezeit zu bekommen, was eine Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen vor allem für alleinerziehende Mütter nahezu unmöglich macht. →

Über diese Basis hinaus gibt es zahlreiche Punkte, die die Integration von Flüchtlingen erleichtern und unterstützen können, z.B.:

- interkulturelle Nachbarschaftstreffs und Kulturhäuser
- Verbesserung der Verkehrsanbindung von Gemeinschaftsunterkünften (Lerchensteig, Waldsiedlung Groß Glienicke, Marquardter Chaussee)
- Langfristige Sicherung einer unabhängigen Asylverfahrensberatung
- Einrichtung einer Beschwerdestelle für Geflüchtete
- Neuzuschnitt der Schulbezirke, um die derzeitige Konzentration von Flüchtlingskindern in wenigen Schulen und Stadtteilen zu vermindern
- Nutzung des Online-Dolmetscher-Angebotes auch in der Ausländerbehörde
- gründliche Auswertung der laufenden Befragung in der Ausländerbehörde
- erleichterter Zugang zu Sprachkursen, Kinderbetreuungsplätzen, Bildung und Arbeit für alle

## Refugees welcome

DIE aNDERE setzt sich dafür ein, dass die reiche Landeshauptstadt Potsdam nicht nur bestehende Integrationsbarrieren für hier lebende Menschen abbaut, sondern auch über den *Königsteiner Schlüssel* hinaus mehr geflüchtete Menschen insgesamt aufnimmt.

Dazu haben wir gemeinsam mit der *Seebrücke Potsdam* (dank der Zustimmung von Linken und Grünen) einen Antrag zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten und zur Unterstützung der Seenotrettung durchgesetzt. Der Beschluss enthält konkrete Maßnahmen, für deren schrittweise Durchsetzung wir uns derzeit intensiv engagieren.

Wir wollen, dass Potsdam die Patenschaft über eine Mission der Seenotrettung übernimmt und die geretteten Menschen in Potsdam aufnimmt. Die Ausländerbehörde soll konstruktive Teilhabe- und Integrationsangebote erarbeiten. Darüber hinaus soll sich die Stadt Potsdam für eine Entkriminalisierung der Seenotrettung einsetzen und das ehrenamtliche Engagement für die Rettung von Menschenleben im Mittelmeer würdigen.



[kontakt@die-andere.org](mailto:kontakt@die-andere.org)

Wählergruppe DIE aNDERE  
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1, 14467 Potsdam

April 2019

[die-andere.org](http://die-andere.org)

## Wer ist die aNDERE?

DIE aNDERE ist eine kommunale Wählergruppe in Potsdam und deshalb unabhängig von Bundes- oder Landespartei-zentralen. Wir sehen uns als Teil eines Netzwerkes von Flüchtlingsinitiativen, Umweltverbänden, Studierendengruppen, Kulturprojekten, Bürger\*innen- und Stadtteilinitiativen sowie alternativen Wohnprojekten. Unsere Mitglieder arbeiten in diesen außerparlamentarischen Gruppen aktiv mit. Viele Anfragen, Anträge und Akteneinsichtstermine unserer Stadtfraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und manche Aktion unserer Wählergruppe gehen auf Anregungen aus diesem Spektrum zurück.

Bei uns arbeiten Bürger\*innen, Einzelpersonen und politische Aktivist\*innen dauerhaft oder auch zeitweise oder projektbezogen mit. Wir engagieren uns für eine basisdemokratische, sozial gerechte und ökologisch ausgerichtete Gesellschaft. Seit 1993 sind wir in der Stadtverordnetenversammlung vertreten.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass die wichtigsten Veränderungen nicht in Parlamenten oder Gemeindevertretungen umgesetzt werden, sondern in der Gesellschaft und ihren Eigentums- und Produktionsverhältnissen. Das lässt sich weder durch Wahlen noch durch Wahlboykotte durchsetzen. Allerdings kann der Zugang zu Informationen und Strukturen für außerparlamentarische Initiativen genutzt werden und eine breitere Öffentlichkeit für politische Alternativen und Visionen geschaffen werden.

Wir betreiben eine visionäre Politik, die wir durch konkrete Projektvorschläge untermauern. Beispiele sind der Nulltarif für Bus und Tram, eine integrationsfördernde Unterbringung von Flüchtlingen oder bedarfsorientierte Sanierungsstandards zur Begrenzung der Mieten.

Wir legen zum Ende jeder Wahlperiode eine transparente Bilanz unserer Arbeit vor. Denn wir möchten nicht nur an unseren Wahlplakaten gemessen werden, sondern daran, was wir getan und erreicht oder zumindest versucht haben.

Die Prinzipien, die wir nach außen vertreten, gelten für uns auch intern: Unsere Stadtverordneten geben ihr Mandat in regelmäßigen Abständen an eine\*n Nachrücker\*in weiter (Rotationsprinzip). Wir möchten auf diese Weise mehr Interessierte mit den Abläufen im Stadthaus vertraut machen, unsere Mandatsträger\*innen vor Verschleiß und Anpassungsprozessen schützen und verhindern, dass Karrierestreben und Tunnelblick unsere Politik bestimmen.

Die Stadtverordneten, die auf unseren Listen gewählt werden, spenden ihre monatliche Aufwandsentschädigung an die Wählergruppe, die damit ihre finanzielle Unabhängigkeit sichert und außerparlamentarische Initiativen organisiert und unterstützt.

Refugees  
welcome:

**Bleibe- und  
Lebensperspektiven  
statt Behörden-  
schikanen**

[die-andere.org](http://die-andere.org)

Eine  
andere Stadt  
ist möglich!



**DIE  
aNDERE**